

DGAW-Pressemitteilung

DGAW als Plattform für einen Gedankenaustausch zwischen Entsorgungsunternehmen und öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern – auch bei den aktuell streitigen Fragen zur Wertstofftonne

Am 24.11.2010 trafen sich auf Einladung der DGAW zu einem 17. Regionaltreffen West Vertreter der verschiedenen „Lager“, die sich zwischenzeitlich in der öffentlichen Diskussion über die Wertstofftonne gebildet haben. Sie waren zu Gast bei SASE, Gesellschaft zur Förderung und Sammlung aus Städtereinigung und Entsorgungswirtschaft, in Iserlohn. Zu den von Herrn Dipl.-Ing. W. Meys (Geschäftsführer USB Umweltservice Bochum GmbH & Co. KG) und von Herrn E.-P. Rahlenbeck (Geschäftsführer der Lobbe Holding GmbH & Co. KG) vorgetragenen Einschätzungen konnte im Kreis von etwa 25 Teilnehmern „privatissime“ diskutiert werden. Dabei war Wert darauf gelegt worden, zunächst gemeinsam Wege aufzuzeigen, wie die optimierte Erfassung von Sekundärrohstoffen aus Abfällen bei privaten Haushaltungen erreicht werden kann. Dieser Ansatz sollte auch das Vorgehen bei der weiteren Entwicklung der im Referentenentwurf für ein Kreislaufwirtschaftsgesetz vorgesehenen Wertstofftonne bestimmen.

Deswegen ist zu begrüßen, dass zunächst die Fragen beantwortet werden, was schließlich in einer Wertstofftonne gesammelt werden soll und welche Finanzierung dafür vorzusehen ist. Insoweit kommt in Betracht, die Produktverantwortung weiter zu entwickeln oder die Abfallgebühren zu ändern. Erst nach Beantwortung dieser Fragen kann die fachliche Diskussion über deren Ausgestaltung in gesetzlichen Vorschriften aufgenommen werden. Ebenso sollte davon Abstand genommen werden, in der bis dahin verbleibenden Zeit die Positionen der verschiedenen Lager weiter zu verhärten. Es wurde ausdrücklich angeregt, ein sogenanntes Moratorium zwischen den verschiedenen Lagern zu vereinbaren, das zugleich bedeutet, die Zwischenzeit nicht für die Schaffung vollendeter Tatsachen zu nutzen.

In fachlicher Hinsicht kontrovers wurde schließlich die Frage behandelt, wann der Zeitpunkt gekommen sei, die technologische Entwicklung von Recyclingverfahren noch weiter voran zu treiben, damit letztlich nicht die Gefahr besteht, dass die auf eine ausreichende Rohstoffversorgung angewiesene Industrie an Stelle der Entsorgungswirtschaft selbst tätig wird. Für weitere Anstrengungen, um die Ausbeute an Sekundärrohstoffen über den status quo hinaus zu verbessern, müssten sich solche Maßnahmen betriebswirtschaftlich rechtfertigen, wenn wegen der absehbaren Verknappung von Ressourcen und Energie die mit einer solchen Entwicklung einhergehende Wertsteigerung eingetreten ist. Gerade in diesem Zusammenhang könnte allerdings von Bedeutung sein, welcher Akteur in der Abfallwirtschaft, nämlich öffentlicher oder privater Entsorgungsunternehmer, unter welchen Voraussetzungen die dazu erforderlichen Investitionen und damit zugleich verbundenen unternehmerischen Risiken vorsorglich bereit ist, auf sich zu nehmen, um die erforderlichen technologischen Entwicklungen zu fördern.

Am Ende haben die Teilnehmer die sachliche und faire Erörterung dieser politisch sensiblen Fragestellungen begrüßt und insbesondere die Tatsache, darüber miteinander ins Gespräch gekommen zu sein.

Köln, 25.11.2010